Protokoll über die Sitzung des Rates

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 14.12.2022
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 19:17 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal 128

Anwesend:

Bürgermeisterin

Frau Dr. Henrike Voet

Allg. Vertreter der Bürgermeisterin

Herr Gert Kühling

Ratsvorsitzender

Herr Norbert Bockstette

Ratsmitglieder

Herr Tobias Beckhelling

Herr Evren Demirkol

Frau Manuela Deux

Frau Ilona Eswein

Herr Christian Fischer

Herr Tobias Hermes

Herr Norbert Hinzke

Herr Eckhard Knospe

Herr Fabio Maier

Herr Christian Meyer

Herr Dr. Lutz Neubauer

Herr Moritz Ovelgönne

Herr Franziskus Pohlmann

Herr Andreas Pund

Herr Clemens-August Röchte

Herr Konrad Rohe

Herr Frank Rottinghaus

Herr Paul Sandmann

Herr Thomas Schlarmann

Frau Elsbeth Schlärmann

Herr Walter Sieveke

Frau Brigitte Theilen

Frau Henrike Theilen

Frau Anja Thoben

Herr Jürgen Tönnies

Herr Peter Willenborg

Frau Ünzile Yilmaz

Herr Ulrich Zerhusen

ab TOP 4.2.1

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Rebecca Fischer

Verwaltung

Frau Kathrin Lamping
Herr Matthias Reinkober
Herr Hermann Theder
Herr Sebastian Wolke

Abwesend:

Ratsmitglieder

Frau Margarete Godde
Frau Stefanie Kröger
Herr Torsten Mennewisch
Frau Nadine Nuxoll
Herr Julian Tillesch

Tagesordnung:**Öffentlich**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 12.10.2022
3. Bericht der Bürgermeisterin über verwaltungs- und kommunalpolitische Angelegenheiten
4. Beschlussvorlagen des Verwaltungsausschusses
 - 4.1. Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Bau und Stadtentwicklung
 - 4.1.1. Neubekanntmachung des Flächennutzungsplanes
Vorlage: 61/038/2022
 - 4.2. Empfehlungen des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Wirtschaftsförderung
 - 4.2.1. Ansiedlungsförderung für Ärztinnen und Ärzte
Vorlage: WÖ/014/2022
 - 4.2.2. Zuschussantrag des St. Franziskus-Hospitals zur Erneuerung der Schwimmbadtechnik des Bewegungsbades
Vorlage: 20/031/2022/1
 - 4.2.3. Abschluss einer Absichtserklärung für den Bau eines Hallenbads
Vorlage: 20/035/2022
 - 4.2.4. Förderung des Wohnungsbaues für Familien
Vorlage: 23/029/2022
 - 4.2.5. Verlängerung Förderrichtlinie Jung kauft Alt
Vorlage: 23/030/2022
 - 4.2.6. Förderung von Balkon-PV-Anlagen - Neufassung der bestehenden Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen für Nachhaltiges Bauen
Vorlage: 23/031/2022
 - 4.2.7. Betriebsergebnis 2021 der öffentlichen Einrichtung „Straßenreinigung“
Vorlage: 22/003/2022
 - 4.2.8. Jahresabschluss der Stadt Lohne für das Jahr 2017: Entlastungserteilung, Verwendung des Jahresergebnisses
Vorlage: 20/044/2022
 - 4.2.9. Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2023
Vorlage: 20/047/2022
5. Aufnahme eines Investitionskredits durch die Stadt Lohne
Vorlage: 20/040/2022
6. Wiedervorlage: Antrag der Gruppe SPD / Bündnis 90 Die Grünen gem. § 56

NKomVG auf Änderung des § 8 der Geschäftsordnung
Vorlage: 10/011/2022

7. Anträge, Anfragen und Anregungen
 - 7.1. Antrag des Wahlbündnisses BI ProWald Lohne gem. § 56 NKomVG auf Beteiligung von Jugendlichen
Vorlage: 10/018/2022
 - 7.2. Antrag des Wahlbündnisses BI ProWald: Verzicht auf Feuerwerk beim Lichterfest
Vorlage: WÖ/016/2022
 - 7.3. Antrag der Gruppe SPD / Bündnis 90 Die Grünen gem. § 56 NKomVG auf Vornahme von Grundlagenermittlungen für die zukünftige Ausrichtung des Lohner Jugendtreffs
Vorlage: 51/009/2022
8. Einwohnerfragestunde

Öffentlich

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Ratsvorsitzender Bockstette eröffnete die Sitzung und begrüßte die Zuhörer. Er stellte fest, dass die Ratsmitglieder ordnungsgemäß durch Einladung einberufen wurden. Die Tagesordnung zum öffentlichen Teil der Sitzung wurde in der Oldenburgischen Volkszeitung sowie im Amtsblatt bekannt gegeben. Die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung wurden festgestellt.

2. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 12.10.2022

Beschluss:

Das Protokoll wird genehmigt.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 28 , Enthaltungen: 1

3. Bericht der Bürgermeisterin über verwaltungs- und kommunalpolitische Angelegenheiten

Bürgermeisterin Dr. Voet trug die wesentlichen Inhalte ihres Berichts vor. Dieser ist dem Protokoll als Anlage beigefügt, ebenso der Bericht der Gleichstellungsbeauftragten und des Präventionsrates.

4. Beschlussvorlagen des Verwaltungsausschusses

4.1. Empfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Bau und Stadtentwicklung

4.1.1. Neubekanntmachung des Flächennutzungsplanes Vorlage: 61/038/2022

Sachverhalt:

Der Flächennutzungsplan als vorbereitender Bauleitplan stellt die beabsichtigte städtebauliche Entwicklung von Nutzungen wie z.B. Wohnen, Gewerbe, Gemeinbedarf etc. in den Grundzügen für das gesamte Stadtgebiet dar. Mit dem Flächennutzungsplan trifft die Gemeinde eine für sie verbindliche Vorentscheidung für ihre zukünftige städtebauliche Entwicklung.

Im Jahr 1953 hat die Stadt Lohne den ersten Flächennutzungsplan für die Stadt beschlossen und es folgten 1964 und 1972 sowie 1982 Neuaufstellungen des Flächennutzungsplanes. Seitdem sind viele Anpassungen an dem Flächennutzungsplan von 1982 vorgenommen worden, um weiterhin die Grundzüge der zukünftigen städtebaulichen Entwicklung von Lohne abzubilden. Insgesamt sind es 62 Änderungen und 20 Berichtigungen.

Statt eines umfangreichen und aufwendigen Neuaufstellungsverfahrens soll nun die Möglichkeit genutzt werden, gemäß § 6 Abs. 6 Baugesetzbuch dem Flächennutzungsplan in seiner jeweils aktuellen Fassung einschließlich aller Änderungen, Ergänzungen und Berichtigungen neu bekannt zu machen. Dies erfordert einen Beschluss des Rates zur Neubekanntmachung des überarbeiteten Flächennutzungsplanes. Eine Genehmigung durch den Landkreis Vechta ist nicht erforderlich. Die Neubekanntmachung hat einen rein deklatorischen Charakter.

Die Urfassung des Flächennutzungsplanes von 1982 und die in den Änderungsplanungen dargestellten Ziele haben nach wie vor Bestand und werden weiterhin anlassbezogen geändert und entsprechend aktuellen Zielsetzungen angepasst. Planungen und sonstige Nutzungsregelungen, die nach anderen gesetzlichen Vorschriften als dem Baugesetzbuch gesichert sind, werden lediglich „nachrichtlich“ übernommen.

Der überarbeitete Flächennutzungsplan wurde in der Sitzung vorgestellt.

Beratungsverlauf:

Ein Sprecher der Fraktion ProWald Lohne verwies auf seine Zustimmung zum Beschlussvorschlag. Grund hierfür sei, dass dies lediglich eine Formalie sei und keine inhaltliche Auseinandersetzung erfolge. Inhaltlich bestehe seitens der Fraktion kein Einverständnis.

Beschluss:

Die Neubekanntmachung des Flächennutzungsplanes 1982 in der aufgrund von Änderungen und Berichtigungen aktuellen Fassung wird beschlossen.

einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen: 29

4.2. Empfehlungen des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Wirtschaftsförderung

4.2.1. **Ansiedlungsförderung für Ärztinnen und Ärzte** Vorlage: WÖ/014/2022

Sachverhalt:

Die Stadt Lohne hat in der letzten Bewerberrunde des Förderprogramms „Neue Läden. Neues Leben.“ jeweils eine Bewerbung einer Zahnärztin sowie einer Hausärztin erhalten, die sich in Lohne niederlassen möchten. Sofern sie die Kriterien des Gründerprogramms erfüllen (u. a. Erdgeschosslage im Zentralen Versorgungsbereich), ist eine Förderung auf Basis der städtischen Förderrichtlinie möglich.

Obwohl die Ansiedlung von Arztpraxen im Zentralen Versorgungsbereich grundsätzlich wünschenswert und frequenzbringend ist, ist es für die Belebung der Innenstadt nicht unbedingt zielführend, die Förderung von Arztpraxen an eine Erdgeschosslage zu koppeln. Insbesondere im Bereich der Fußgängerzone sind andere Ansiedlungen wie Handel, Gastronomie oder kreative und kulturelle Dienstleistungen für eine attraktive Innenstadt förderlicher. Auch ist der Zentrale Versorgungsbereich für eine Förderung zu klein gefasst, da er zum Beispiel Lagen am Krankenhaus ausschließt.

Daher und mit Blick auf die zukünftige medizinische Versorgung der Stadt Lohne schlägt die Stadtverwaltung die Ausarbeitung eines eigenen Ansiedlungsförderungsprogramm für Ärztinnen und Ärzte vor. Eine solche Ansiedlungsprämie gibt es beispielsweise von der Stadt und dem Landkreis Diepholz.

Der (Fach-)Ärztmangel macht sich bereits jetzt im ländlichen Raum bemerkbar. Aktuell werden beispielsweise vier Hausarzt-Sitze in Lohne neu vergeben (Vergabe Ende November). Die Zusammenlegung der Krankenhäuser in Vechta kann zudem dazu führen, dass Lohne als Standort für eine ambulante Versorgung mit Haus- und Fachärzten an Attraktivität verliert. Dem kann eine Ansiedlungsprämie entgegenwirken.

Beratungsverlauf:

Ein Sprecher verwies auf das vorhandene Grundmandat in den Fachausschüssen, weshalb keine Gegenstimme zum Beschlussvorschlag abgegeben werden konnte. In Deutschland seien nach seiner Auffassung ausreichend Ärzte vorhanden, die Zahl habe sich in den letzten 40 Jahren sogar verdreifacht.

Durch eine Ansiedlungsförderung entstehe ein Konkurrenzkampf auf Kosten der ärmeren Kommunen und der Kranken.

Durch die SPD-Fraktion wurde auf das Konzept der Stadt Diepholz verwiesen. Hier sei für Ärzte zwar ein kurzer Passus enthalten, im Übrigen enthalte dies aber Wirtschaftsfördermaßnahmen. Auch für Lohne werde sich dafür ausgesprochen, ein ganzheitliches Konzept zu entwickeln und nicht mehrere Konzepte für einzelne Fachbereiche. Hierzu wurde ein entsprechender Änderungsantrag gestellt.

Ein Sprecher der UBG-Fraktion sprach sich für ein transparentes Konzept zur Ansiedlungsförderung aus, über ein ganzheitliches Konzept sei separat zu beraten.

Die Verwaltung wies darauf hin, dass ein ganzheitliches Konzept erarbeitet werden könne. In diesem Fall werde jedoch um Konkretisierung der beabsichtigten Ziele (Wer soll angesiedelt werden?) gebeten.

Durch eine Ansiedlungsförderung werde im Rahmen der Debatte um den Krankenhausstandort eine Chance darin gesehen, dass sich Ärzte in Lohne niederlassen oder in Lohne verbleiben, die ansonsten aufgrund der Schließung des Lohner Krankenhauses in einigen Jahren nach Vechta abwandern könnten.

Die CDU-Fraktion bewertete ein ganzheitliches Konzept als zu weit gefasst. Die Ansiedlungsförderung gelte nicht nur für Ärzte, sondern auch für medizinische Einrichtungen. Noch zu überlegen sei, ob die Richtlinie für das gesamte Stadtgebiet (also auch für Südlohne, Kroge etc.) gelte, oder nur für den Innenstadtbereich.

Ergänzt wurde der Wortbeitrag durch den Hinweis, dass die Wirtschaftsförderung in Diepholz in Form einer GmbH ausgegliedert und neu aufgestellt worden sei.

Auf die Anmerkung, dass der Änderungsantrag der SPD-Fraktion nicht konkret genug sei und der Mehrwert nicht ersichtlich sei, wurde darauf hingewiesen, dass zunächst ein Konzeptentwurf erstellt werden solle. Eine detaillierte Beratung mit Beschlussfassung erfolge dann zu einem späteren Zeitpunkt.

Sodann wurde über den Änderungsantrag abgestimmt, der mit 9 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt wurde.

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept für eine Ansiedlungsförderung für Ärztinnen und Ärzte zu erstellen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 21 , Nein-Stimmen: 1 , Enthaltungen: 8

4.2.2. Zuschussantrag des St. Franziskus-Hospitals zur Erneuerung der Schwimmbadtechnik des Bewegungsbades Vorlage: 20/031/2022/1

Sachverhalt:

Die St.-Franziskus Hospital Lohne gemeinnützige GmbH, Franziskusstraße 6, betreibt als Trägerin des Krankenhauses auch die dortige Physiotherapie.

Das seit Jahrzehnten im dortigen Kellergeschoss vorhandene Bewegungsbad besitzt eine veraltete Anlagentechnik aus dem Jahr 1999. Diese Technik muss laut dem Betreiber dringend erneuert werden, damit eine weitere Nutzung des Bewegungsbades möglich ist. Das betrifft insbesondere die Filter- und Pumpentechnik, die Mess-, Regel- und Schalttechnik sowie damit zusammenhängende Investitionen und auch einen Austausch der Lüftungsanlage aus dem Jahr 1998.

Das Krankenhaus geht aufgrund eingeholter Kostangebote für die notwendige Sanierung von Gesamtkosten von ca. 389.000 € aus.

In seinem Zuschussantrag teilt die gGmbH mit, dass sie die Erneuerung der Technik nicht annähernd aus eigener Kraft aus Eigenmitteln leisten könne. Fördermittel des Landes und des Landkreises Vechta stehen laut Mitteilung der Antragstellerin für die Sanierung nicht zur Verfügung, so dass eine Anfrage auf einen nennenswerten Zuschuss bei der Sitzkommune gestellt werde.

In seinem Antrag gibt das Krankenhaus folgende regelmäßigen Nutzer und Nutzungszeiten des Bewegungsbeckens an, das eine Kapazität von bis zu 12 Personen besitzt:

- St. Franziskushospital selbst (vor allem die Physiotherapie) = 6,5 + 5 + 2,5 + 5 + 2 = 21 h / Woche

- Ludgerus-Werk Lohne 15 h / Woche
- TuS Blau-Weiß Lohne 4 h / Woche
- Rheuma-Liga Niedersachsen 2 h / Woche

Bundesweit wurden Bewegungsbäder in etlichen Einrichtungen (vor allem Krankenhäusern) in den letzten Jahren geschlossen, so auch in den Krankenhäusern Vechta und Cloppenburg. Häufig war ein akuter hoher Sanierungsaufwand neben der Frage der allgemeinen Wirtschaftlichkeit eines Bades der Anlass. Im Übrigen zählten die Entscheidungsträger vieler Kliniken Bewegungsbäder nicht zu ihren Kernaufgaben und fokussierten sich auf andere medizinische Aufgaben. Dies geschah noch vor der Explosion der Heizenergiekosten, die die Betreiber von Bewegungsbecken vor zusätzliche Herausforderungen stellt.

Baulich ist das Bad laut dem Geschäftsführer Herrn Meyer in einem insoweit modernisierten Zustand, dass bei einer Neuaufstellung der Schwimmbadtechnik und der Lüftungsanlage der Weiterbetrieb noch lange Jahre gewährleistet werden könne. Ohne die notwendige technische Erneuerung sei der Weiterbetrieb des Bewegungsbades jedoch binnen kurzem einzustellen.

Das Krankenhaus geht für die geplante Sanierung von folgenden Kosten aus:

Erneuerung der Schwimmbadtechnik	ca. 200.000 €
Erneuerung der Lüftungsanlage	ca. 87.000 €
Bauseitige Leistungen hierfür	ca. 70.000 €
weitere Ausbauarbeiten	ca. <u>32.000 €</u>
→ Gesamtsumme	ca. 389.000 €

Das Lohner St. Franziskus-Hospital hat in den letzten Jahren das Leistungsangebot der Physiotherapie kontinuierlich ausgebaut und verbessert. Im März 2022 erreichte der Träger nach einem langen Vorverfahren die Zulassung zur erweiterten ambulanten Physiotherapie (EAP) der Berufsgenossenschaften für Leistungen der Unfallversicherung – in ganz Niedersachsen gibt es 51 solcher Standorte. Lohne füllt eine geographische Lücke zwischen Cloppenburg, Osnabrück und Oldenburg und ermöglicht betroffenen Unfallopfern vor allem aus den Landkreisen Vechta und Diepholz eine wohnortnahe ambulante Versorgung.

Die EAP ist eine ambulante Therapieform für Versicherte der gesetzlichen Unfallversicherung und Berufsgenossenschaften. Eine EAP erstreckt sich im Regelfall über 10 Therapieeinheiten in zwei Wochen, die je nach Bedarf verlängert werden können. Eine Einheit dauert ca. 2,5-3 Stunden täglich und setzt sich aus Physiotherapie, Elektrotherapie, Fango, Massage oder Lymphdrainage und ärztlichen Untersuchungen zusammen.

Bereits diese erste Zertifizierung ermöglicht dem Krankenhaus neue Chancen, die kreisweit sonst nicht vorhanden sind. Der in Vorbereitung befindliche zusätzliche Ausbau um eine ambulante Rehabilitation der gesetzlichen Krankenkassen würde in diesem Zusammenhang einen weiteren Meilenstein darstellen.

Die Stadtverwaltung begrüßt die Absicht des Betreibers, das Angebot eines Bewegungsbades weiterhin aufrechtzuerhalten und auch für öffentliche Zwecke anzubieten. Hierdurch kann auch für die Rheuma-Liga, das Ludgerus-Werk und den TuS Blau-Weiß Lohne ein auf ihren Bedarf ausgerichtetes Angebot vorgehalten werden. Auch im Hinblick auf eine langfristige Nachnutzung des Lohner Krankenhausstandorts ist die Fortführung des Betriebs wünschenswert.

Beratungsverlauf:

Die Ratsmitglieder sprachen sich für den Zuschuss aus, ohne den das Bewegungsbad nicht betrieben werden könne.

Ein Sprecher stellte den Änderungsantrag, den Zuschuss auf 75 % zu erhöhen. Nach seiner Auffassung liege eine völlige Fehleinschätzung vor. Das Konzept für den Erhalt des Krankenhauses sei optimal, sodass dem Zuschussantrag entsprochen werden solle.

Bürgermeisterin Dr. Voet erklärte, dass mit einem Zuschuss von 62,5 % durch den Stadtrat ein Signal dahingehend gesetzt werden, dass am Standort Lohne festgehalten werde. Jedoch könne so auch ein aktiver Beitrag der Schwester Euthymia Stiftung eingefordert werden, damit eine Realisierung der beabsichtigten Nachnutzung am Lohner Standort erfolgt. Seitens Herrn Meyer sei die Auskunft gegeben worden, dass die Erneuerung der Schwimmbadtechnik auch mit einer Förderung von 62,5 % gesichert sei.

Sodann wurde der Änderungsantrag mit einer Ja-Stimme, 28 Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss:

Die St. Franziskus-Hospital GmbH Lohne erhält einen Zuschuss für die Erneuerung der Schwimmbadtechnik des Bewegungsbades in Höhe von 62,5 % der Gesamtkosten in Höhe von ca. 389.000 €, maximal jedoch 243.125 €, der grundbuchlich für 10 Jahre abgesichert wird.

einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen: 30

4.2.3. Abschluss einer Absichtserklärung für den Bau eines Hallenbads Vorlage: 20/035/2022

Sachverhalt:

Die vom Landkreis Vechta betriebenen Hallenbäder an der Kreissporthalle Lohne und am Gymnasium Lohne sind mittelfristig abgängig.

Angesichts der mit dem Bau und Betrieb zweier Schwimmbäder verbundenen Kosten und der dafür notwendigen Energieverbräuche streben die Stadt Lohne und der Landkreis Vechta an, dass zukünftig nur noch ein einziges Hallenbad in Lohne betrieben wird.

Als Standort wird der bisherige Hallenbad-Standort beim Gymnasium Lohne angestrebt.

Das künftige Hallenbad wird einerseits dem Schwimmen der Schulen in der Trägerschaft der beiden Kommunen dienen. Außerdem soll es sicherstellen, dass Einwohnerinnen und Einwohner sowie Vereine auch außerhalb der Betriebszeit des Waldbades eine Möglichkeit zum Schwimmen in Lohne besitzen.

Der Landkreis Vechta setzt voraus, dass der Betrieb eines Hallenbades zum Zweck des öffentlichen Badebetriebs und des Vereinsschwimmens grundsätzlich eine gemeindliche Aufgabe ist.

Die Stadt Lohne akzeptiert dieses Prinzip und die damit verbundenen Aufgabenänderungen und wird als Folge dessen als Bauherrin des zukünftigen Hallenbades auftreten.

Ziel ist ein vor allem funktionales Hallenbad mit mindestens sechs Bahnen à 25 m Länge, einem als Kursbecken nutzbaren Lehrschwimmbecken sowie einem untergeordneten Familienbereich.

Hierfür wird im ersten Umsetzungsschritt die Vergabe der Beratungs- bzw. Projektsteuerungsleistung für die Durchführung von europaweiten Verhandlungsverfahren mit vorgeschalteten Teilnahmewettbewerb nach VgV zur Beschaffung von Planungsleistungen (Projektsteuerung, Objektplanung Gebäude, Fachplanung technische Ausrüstung) zum Bau eines neuen Hallenbades durch die Stadt Lohne erfolgen.

Wegen der grundlegenden Änderung der bisherigen Aufgabenverteilung wird angestrebt, dass die Stadt Lohne und der Landkreis Vechta eine rechtlich nicht verbindliche Absichtserklärung („Letter of Intent“) vereinbaren, die die Grundzüge der Planung festlegt.

Die Ausgestaltung der anschließenden Fragestellungen (Eigentum / alternativ ein langfristiges Erbbaurecht für die Stadt Lohne, technische Ausstattung des Hallenbades, Finanzierungsanteile von Stadt und Landkreis, zeitliche Nutzungsanteile der Landkreis-Schulen) ist im Rahmen einer weiteren partnerschaftlichen Zusammenarbeit zu klären.

Beratungsverlauf:

Die aktuelle Fassung mit den vorgesehenen Änderungen aus den Beratungen des Fach- und des Verwaltungsausschusses wurde den Ratsmitgliedern zur Vorbereitung auf die Sitzung im Vorfeld zur Verfügung gestellt.

Über den Entwurf sei noch durch den Kreisausschuss und durch den Kreistag in der kommenden Woche zu beschließen.

Die Gruppe SPD/Bündnis 90-Die Grünen äußerte Bedenken, sprach sich jedoch positiv zu den redaktionellen Änderungen aus und bekundete ihre Zustimmung.

Seitens der Fraktion ProWald werde der Standort bedauert, der nicht vorausschauend gewählt worden sei. Nach deren Auffassung werde der Neubau nicht getrennt vom jetzigen Schwimmbad durchgeführt werden können, weiterhin werde nicht für die Einrichtung von Fahrradstraßen gesorgt. Die Absichtserklärung sei dennoch zu unterstützen.

Beschluss:

Dem Abschluss einer Absichtserklärung (Letter of Intent) in der Fassung vom 13.12.2022 inkl. der mit dem Landkreis Vechta abgestimmten Ergänzungen wird zugestimmt.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 29 , Enthaltungen: 1

4.2.4. Förderung des Wohnungsbaues für Familien Vorlage: 23/029/2022

Sachverhalt:

Der Rat der Stadt Lohne hat in seiner Sitzung am 20.04.1994 eine Richtlinie zur Förderung des eigengenutzten Wohnraumes für Familien mit Kindern beschlossen. Diese regelte die Kaufpreisbezuschung für städtische Grundstücke sowie die Vergabe im Wege von Erbbaurechten. Diese Richtlinie wurde zwischenzeitlich mehrmals verlängert, zuletzt bis zum 31.12.2021.

Die Richtlinie der Stadt Lohne zur Förderung des Wohnungsbaues für Familien hat sich in der jetzigen Fassung grundsätzlich bewährt. Die letzte Anpassung der Einkommensgrenzen erfolgte 2019. Seitdem erhielten insgesamt vier Familien eine Gesamtförderung in Höhe von 24.774,96 €.

Aufgrund dieser Erfahrungswerte sowie der aktuellen Einkommensentwicklung wird verwaltungsseitig empfohlen, die Einkommensgrenzen erneut um 300 €/Monat für Familien und Alleinerziehende mit einem Kind (neu: 2.600 €/Monat – bisher 2.300 €) mit Wirkung vom 01.01.2022 (Abschluss des Kaufvertrages) zu erhöhen sowie die Geltungsdauer bis zum 31.12.2025 zu verlängern. Maßgeblich für die Einkommensberechnung ist das Familieneinkommen im Kalenderjahr vor der Antragstellung (Dezemberabrechnung).

Die im September 2022 im Verwaltungsausschuss beschlossene Regelung bzgl. der Einräumung von städtischen Erbbaurechten wird in die Richtlinie unter Ziffer 4 entsprechend ergänzt. Außerdem werden die für die Einkommensberechnung maßgeblichen Faktoren in die Richtlinie aufgenommen.

Beratungsverlauf:

Die CDU-Fraktion verwies auf den thematischen Zusammenhang zu TOP 4.2.5 und befürwortete die Förderungen für Familien. Die Richtlinien sollten im Blick behalten und, falls notwendig, zu gegebener Zeit nachgebessert werden.

Beschluss:

1. Die gültige Richtlinie der Stadt Lohne zur Förderung des Wohnungsbaues für Familien wird bis zum 31.12.2025 verlängert und die Einkommensgrenzen mit Wirkung vom 01.01.2022 um 300 €/Monat für Familien bzw. Alleinerziehende mit einem Kind erhöht. Der Erhöhungsbetrag pro Kind bleibt unverändert bei 350 €.
2. Bzgl. der Einräumung von Erbbaurechten wird der Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 20.09.2022 in die Richtlinie übernommen.
3. Die neuen Einkommensgrenzen werden mit Wirkung vom 01.01.2022 auch für die Berechnung für städtische Zuschüsse zum Erschließungsbeitrag sowie für den Zuschuss zur Abwassergebühr für die Schmutzwasserbeseitigung analog angewandt.

einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen: 30

4.2.5. Verlängerung Förderrichtlinie Jung kauft Alt Vorlage: 23/030/2022

Sachverhalt:

Die Richtlinie zur Förderung des Erwerbs von Altbauimmobilien wurde 2012 auf den Weg gebracht. Zwischenzeitlich wurde diese Richtlinie verlängert und angepasst. Aktuell ist die Richtlinie bis zum 31.12.2022 befristet. Durch die Schaffung finanzieller Anreize in Form eines Zuschusses für den Altbauerwerb oder den Abriss und Ersatzbau soll eine bessere „Altersmischung“ in bestehenden Wohngebieten erreicht und insbesondere dem Flächenverbrauch entgegengewirkt werden.

Die Richtlinie soll vorerst für ein Jahr verlängert werden, um über Anpassungen zu diskutieren.

Beschluss:

Die derzeit gültige Richtlinie der Stadt Lohne zur Förderung des Erwerbs von Altbauimmobilien wird um ein weiteres Jahr (bis zum 31.12.2023) verlängert.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 30

4.2.6. Förderung von Balkon-PV-Anlagen - Neufassung der bestehenden Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen für Nachhaltiges Bauen Vorlage: 23/031/2022

Sachverhalt:

In der Sitzung vom 12.10.2022 hat der Stadtrat beschlossen, die Anschaffung von Balkon-PV-Anlagen (Stecker-Solaranlagen) zu fördern. Zur Absicherung der Förderung sollte von der Stadtverwaltung eine Richtlinie erarbeitet werden.

Aktuell existiert seit 2021 eine Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen für Nachhaltiges Bauen. Hierbei handelt es sich um ein Förderprogramm für Dach- und Fassadenbegrünungen sowie Regenwassernutzungsanlagen, Versickerungsanlagen und Grauwassernutzungsanlagen. Durch die Förderung von Balkon-PV-Anlagen wird eine nachhaltige Stromversorgung von Wohnungen in der Stadt Lohne unterstützt.

Die formalen Voraussetzungen der Antragsprüfung und der Bescheidung sind weitgehend identisch. Im Sinne einer einheitlichen Handhabung wurden die Kriterien zur Förderung von Balkon-PV-Anlagen als weiterer Baustein in die bestehende Richtlinie für Nachhaltiges Bauen integriert.

Darüber hinaus wurde beim Förderbaustein Dachbegrünung die Höhe der Förderung von bisher 25 €/m² auf pauschal 50 % der förderfähigen Ausgaben angepasst, da sich in der Praxis oftmals Schwierigkeiten beim Nachweis über die genaue Dachfläche ergeben haben und insbesondere bei kleineren Dachflächen die Förderung im Verhältnis zu den Gesamtausgaben unter 50 % lag.

Die Neufassung der Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen für Nachhaltiges Bauen soll am 01.01.2023 in Kraft treten und mit Ablauf des 31.12.2023 wieder außer Kraft treten.

Die bestehende Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen für nachhaltiges Bauen vom 23.06.2021 soll mit Ablauf des 31.12.2022 außer Kraft treten.

Beratungsverlauf:

Durch einen Sprecher wurde erneut kritisiert, dass die Förderrichtlinie nach Auffassung der Fraktion ProWald einen Fehler enthalte, da Hauseigentümer ausgenommen seien. Ein entsprechender Antrag auf Erweiterung der Förderempfänger werde zu gegebener Zeit gestellt, wenn diese nach Geschäftsordnung zulässig ist.

Beschluss:

1. Die Neufassung der Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen für Nachhaltiges Bauen wird erlassen.
2. Die bestehende Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen für nachhaltiges Bauen vom 23.06.2021 wird mit Ablauf des 31.12.2022 außer Kraft gesetzt.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 30

4.2.7. Betriebsergebnis 2021 der öffentlichen Einrichtung „Straßenreinigung“ Vorlage: 22/003/2022

Sachverhalt:

Das Kommunalabgabenrecht schreibt für die o.a. öffentliche Einrichtung vor, dass die Gebühren die Kosten der Einrichtung decken (Kostendeckungsprinzip). Weichen am Ende eines Kalkulationszeitraumes die tatsächlichen von den kalkulatorischen Kosten ab, so sind Kostenüberdeckungen innerhalb der auf ihrer Feststellung folgenden drei Jahre auszugleichen; Kostenunterdeckungen sollen innerhalb dieses Zeitraumes ausgeglichen werden.

Da sich die voraussichtlichen Kosten und Erlöse der öffentlichen Einrichtung für eine bestimmte Leistungsperiode nicht exakt ermitteln lassen, führen die Unwägbarkeiten jeder Kalkulation regelmäßig zu Kostenüberdeckungen oder Kostenunterdeckungen.

Das Jahresergebnis der öffentlichen Einrichtung wird durch eine Betriebsabrechnung nachgewiesen. Für das Jahr 2021 ergibt sich für die öffentliche Einrichtung folgendes Ergebnis:

	Umlagefähige Gesamtkosten	Gesamt- erlöse	Kostenüber- deckung Kostenunter- deckung	Kosten- deckungs- grad v.H.
<u>Straßenreinigung 2021</u>				
a) Reinigungsklasse 1	111.339,88 €	119.614,68 €	8.274,80 €	107,4
b) Reinigungsklasse 3	19.980,82 €	17.025,35 €	2.955,47 €	85,2

Der festgestellte Überschuss in der Reinigungsklasse 1 sowie der Fehlbetrag in der Reinigungsklasse 3 sind im Rahmen der gesetzlich eingeräumten Möglichkeit verteilt über die Folgejahre auszugleichen.

Beratungsverlauf:

Ratsherr Paul Sandmann hat den Sitzungsraum vorübergehend verlassen und an der Beratung und Abstimmung nicht mitgewirkt.

Beschluss:

Bei der öffentlichen Einrichtung „Straßenreinigung“ ist das Betriebsergebnis des Jahres 2021 in den Reinigungsklassen 1 und 3 in den Jahren 2023, 2024 und 2025 auszugleichen.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 29

4.2.8. Jahresabschluss der Stadt Lohne für das Jahr 2017: Entlastungserteilung, Verwendung des Jahresergebnisses Vorlage: 20/044/2022

Sachverhalt:

Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Vechta hat den Jahresabschluss 2017 der Stadt Lohne geprüft und in seinem Prüfbericht folgendes Testat erteilt:

„Die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den Vorschriften des NKomVG und der GemHKVO liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Stadt Lohne.

Die Aufgabe des Rechnungsprüfungsamtes besteht darin, zu prüfen, ob der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entspricht, und aufgrund der durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss abzugeben.

Die Prüfung des Jahresabschlusses gem. §§ 155, 156 NKomVG wurde unter ergänzender Anwendung des risikoorientierten Prüfungsansatzes in Anlehnung an die vom IDR verabschiedeten Grundsätze vorgenommen. Die Prüfungshandlungen wurden unter Beachtung der Grundsätze der Wesentlichkeit und Wirtschaftlichkeit in Anwendung des § 156 Abs. 1 NKomVG auf den Umfang beschränkt, der nach pflichtgemäßem Ermessen und allgemeinen Erfahrungsgrundsätzen notwendig und angemessen ist, um relevante Sachverhalte beurteilen und die im Rahmen des gesetzlichen Prüfauftrages erforderlichen Feststellungen treffen zu können. Das RPA ist der Auffassung, dass die vorgenommene Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für die abzugebende Beurteilung zu dem aufgestellten Jahresabschluss bildet.

Aufgrund der vorgenommenen Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Lohne zum 31.12.2017, über deren Ergebnisse dieser Prüfungsbericht in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften informiert, wird bestätigt:

„Nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den sie ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen. Darüber hinaus wird bestätigt, dass

- die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung eingehalten worden sind,
- bei den Erträgen und Aufwendungen sowie bei den Einzahlungen und Auszahlungen des kommunalen Geld- und Vermögensverkehrs nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren worden ist und
- sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen enthalten sind und der Jahresabschluss die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Lohne darstellt.“

Sofern zuvor die Unterrichtung des Rates über die über- und außerplanmäßigen Bewilligungen vorgenommen worden ist bzw. für die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen die Entscheidung des Rates eingeholt worden ist, hat das RPA keine Bedenken, dass der Rat der Stadt Lohne über den Jahresabschluss 2017 beschließt sowie dem Bürgermeister für das Haushaltsjahr 2017 die Entlastung erteilt.“

Der Jahresabschluss der Stadt Lohne 2017 weist zusammengefasst folgendes Ergebnis auf:

Ergebnishaushalt:

	Ansätze 2017	Ergebnis 2017	mehr/weniger
	€	€	€
Gesamtsumme			
ordentliche Erträge	44.160.100,00	50.335.654,72	6.175.554,72
./i. ordentliche Aufwendungen (incl. 594.000 € nichtinvestive Haushaltsreste aus dem Vorjahr)	46.363.700,00	42.080.628,42	- 4.283.071,58
ordentliches Ergebnis	- 2.203.600,00	8.255.026,30	10.458.626,30
außerordentliche Erträge	800.000,00	2.784.491,17	1.984.491,17

./ außerordentliche Aufwendungen	200.000,00	41.485,03	- 158.514,97
außerordentliches Ergebnis	600.000,00	2.743.006,14	2.143.006,14

ordentliches Ergebnis	- 2.203.600,00	8.255.026,30	10.458.626,30
+ außerordentliches Ergebnis	600.000,00	2.743.006,14	2.143.006,14
Jahresergebnis	- 1.603.600,00	10.998.032,44	12.601.632,44

Die Ergebnisrechnung für das Jahr 2017 weist Überschüsse im ordentlichen Ergebnis von 8.255.026,30 € und im außerordentlichen Ergebnis von 2.743.006,14 € aus.

Überschüsse stehen zur Abdeckung von Fehlbeträgen künftiger Haushaltsjahre zur Verfügung. Um auch in schwierigen Haushaltsjahren den Haushaltsausgleich zu gewährleisten, werden Überschüsse im Regelfall den Rücklagen zugeführt.

Über die Zuführungen zu den Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses entscheidet der Rat (§ 58 Abs. 1 Nr. 10, § 110 Abs. 7 und § 123 Abs. 1 NKomVG).

Nähere Einzelheiten zum Jahresergebnis können dem zur Verfügung gestellten Rechenschaftsbericht und dem Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Vechta entnommen werden.

Beratungsverlauf:

Ratsherr Paul Sandmann hat den Sitzungsraum vorübergehend verlassen und an der Beratung und Abstimmung nicht mitgewirkt.

Seitens der SPD-Fraktion sei der Jahresabschluss 2017 erfreulich ausgefallen. Hinsichtlich des Zustandes, dass die Stadt Lohne mit vier Jahresabschlüssen im Rückstand sei, wurde Kritik und Unzufriedenheit geäußert. Die Fraktion halte den Zeitplan zur Aufholung der Rückstände für wenig ambitioniert und wünsche sich eine höhere Priorisierung der Jahresabschlüsse.

Beschluss:

1. Gemäß § 129 NKomVG wird der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2017 beschlossen. Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2017 Entlastung erteilt.
2. Die sich aus der Ergebnisrechnung für das Jahr 2016 ergebenden Überschüsse in Höhe von 8.255.026,30 € bzw. 2.743.006,14 € werden den Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen bzw. des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 29

4.2.9. Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2023 Vorlage: 20/047/2022

Sachverhalt:

Der Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2023 mit Stand 18.11.2022 gliedert sich wie folgt:

1. Ergebnishaushalt

Bezeichnung		Ansatz 2023
01.	Steuern und ähnliche Abgaben	45.602.000
02.	Zuwendungen und allgemeine Umlagen außer für Investitionstätigkeit	3.924.500
03.	Auflösungserträge aus Sonderposten	1.691.500
04.	Sonstige Transfererträge	0
05.	Öffentl.-rechtl. Entgelte außer Beiträgen u. ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	933.000
06.	Privatrechtliche Entgelte	858.000
07.	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	399.000
08.	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	187.000
09.	Aktivierete Eigenleistungen	0
10.	Bestandsveränderungen	0
11.	Sonstige ordentliche Erträge	1.394.000
12.	= Summe ordentliche Erträge	54.989.000

13.	Aufwendungen für aktives Personal	9.679.600
14.	Aufwendungen für Versorgung	70.000
15.	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.403.100
16.	Abschreibungen	5.020.500
17.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	85.000
18.	Transferaufwendungen	27.382.500
19.	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.578.100
21.	= Summe ordentliche Aufwendungen	55.218.800
	ordentliches Ergebnis = Fehlbetrag 2022	- 229.800

2. Finanzhaushalt

Der Finanzhaushalt enthält alle Ein- und Auszahlungen eines Jahres und umfasst somit auch die Investitionen.

Bezeichnung		Ansatz 2023
01.	Steuern und ähnliche Abgaben	45.602.000
02.	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (außer für Investitionstätigkeit)	3.924.500
03.	Sonstige Transfereinzahlungen	0
04.	Öffentl.-rechtl. Entgelte außer Beiträgen u. ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	933.000
05.	Privatrechtliche Entgelte (außer für Investitionstätigkeit)	858.000
06.	Kostenerstattungen und Kostenumlagen außer für Investitionstätigkeit	399.000
07.	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	187.000
09.	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	1.236.000
10.	= Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	53.139.500
11.	Auszahlungen für aktives Personal	9.125.600
12.	Auszahlungen für Versorgung	70.000
13.	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände	10.403.100

14.	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	85.000
15.	Transferauszahlungen (außer für Investitionstätigkeit)	27.382.500
16.	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	2.578.100
17.	= Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	49.644.300
18.	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.495.200
19.	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	4.707.000
20.	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	994.000
21.	Veräußerung von Sachvermögen	1.850.000
23.	Sonstige Investitionstätigkeit	735.000
24.	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstä- tigkeit	8.286.000
25.	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	4.390.000
26.	Baumaßnahmen	13.970.000
27.	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.525.000
29.	Aktivierbare Zuwendungen	625.000
30.	Sonstige Investitionstätigkeit	1.493.000
31.	= Summe der Auszahlungen für Investitionstä- tigkeit	22.003.000
32.	Saldo aus Investitionstätigkeit	- 13.717.000
33.	Finanzmittel-Überschuss / - Fehlbetrag	- 10.221.800
34.	Einzahlungen; Aufnahme von Krediten	6.100.000
35.	Auszahlungen; Tilgung von Krediten	640.000
36.	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	5.460.000
37.	= Summe der Salden aus Zeile 33 und 36 (Ände- rung des Zahlungsmittelbestands)	- 4.761.800

Der komplette Entwurf des Haushaltsplans ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Ergebnishaushalt

- Realsteuererträge (Grund- und Gewerbesteuern) werden 2023 in Höhe von 25,495 Mio. € eingeplant. Der Gewerbesteueransatz wird mit 23,5 Mio. € kalkuliert, die Grundsteuer A und B mit zusammen 3,792 Mio. €.
- Die Steuerhebesätze bleiben im Entwurf 2023 konstant. Für die Grundsteuer wurden sie letztmals zum 1.1.1998 (von 235 auf 275 v. H.) angepasst, der Gewerbesteuerhebesatz beträgt seit 2016 330 v.H. Zum Vergleich: in den 82 niedersächsischen Gemeinden der Größenklasse von 20.000 – 50.000 Einwohnern betragen die durchschnittlichen Hebesätze im Jahr 2021 für die Grundsteuer B 418 v.H. und für die Gewerbesteuer 399 v.H.
- Nach der Steuerschätzung vom Mai 2022 wird für das Jahr 2023 auf Landesebene ein Gemeindeanteil an der Einkommensteuer von 4,199 Mrd. € erwartet. Hiervon erhält die Stadt Lohne 2023 einen Anteil von 0,34563 %-Punkten. Die Oktober-Steuerschätzung berücksichtigt mehrere Gesetze nicht (z.B. das Inflationsausgleichsgesetz), die sich im Gesetzgebungsverfahren befanden und bei einem Inkrafttreten ab 1.1.2023 die Steuereinnahmen noch erheblich mindern werden. Aus diesem Grund wird der Planansatz vorsichtig auf 14,500 Mio. € festgesetzt.

Die aktuelle Steuerschätzung geht für Niedersachsen für 2023 von einem Umsatzsteueranteil von 703 Mio. € aus. Hier beläuft sich der Anteil der Stadt Lohne auf

0,4606491 %-Punkte, so dass ein Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer von 3,238 Mio. € eingeplant wird.

Aus beiden Gemeindeanteilen fließen im Folgejahr über den Finanzausgleich 30,6 % als Kreisumlage an den Landkreis Vechta weiter.

- Der Personalkostenansatz (Aufwand) für aktives Personal beträgt für das Jahr 2023 einschließlich der Zuführungsbeträge zu den Rückstellungen 9,68 Mio. € und erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr um ca. 3,8 %, da neben eingeplanten Besoldungs- bzw. Lohnerhöhungen keine neuen Stellen ausgewiesen wurden. Zahlungswirksam im Finanzhaushalt (ohne Rückstellungen) sind für aktives Personal 9,126 Mio. € eingeplant.
- Die Kreisumlage wird 2022 auf einer Basis von weiterhin 34 Punkten mit 15,805 Mio. € veranschlagt. Sie berechnet sich auf Basis der Steuereinnahmen im Zeitraum 1.10.2021 – 30.9.2022. 2021 lag die Kreisumlage noch bei 14,156 Mio. €, das bedeutet von 2022 nach 2023 einen Anstieg von 1,649 Mio. €. Ein Punkt Kreisumlage entspricht im Jahr 2023 Ausgaben von ca. 464.900 € (2022 = 416.400 €).
- Die auf die tatsächlichen Isteinnahmen abzuführende Gewerbesteuerumlage beträgt weiterhin 35 Punkte, bei einem Gewerbesteuer-Planansatz von 23,5 Mio. € daher 2,493 Mio. €.
- Um das bestehende Finanzkraftgefälle auf Gemeindeebene anzugleichen, erhalten Gemeinden in der Regel Schlüsselzuweisungen durch das Land. Steuerstarke Kommunen müssen stattdessen ab einer gewissen eigenen Steuerkraft einen Betrag von 20 % des Überschusses in den Finanzausgleichstopf als Umlage an das Land Niedersachsen abführen.
Das Land verteilte 2022 2,363 Mrd. € Schlüsselzuweisungen für Gemeindeaufgaben nach der Einwohnerzahl der Städte und Gemeinden (die für einwohnerstärkere Gemeinden höher gewichtet wird) – im Durchschnitt also etwa 295 € je Einwohner. Eine nds. Gemeinde mit 27.396 Einwohnern erhält also 2022 im Schnitt ca. 8,1 Mio. € Schlüsselzuweisungen vom Land. Diese Zahlen werden durch den aktuell in der Gesetzesberatung befindlichen Nachtragshaushalt des Landes noch deutlich erhöht. Allerdings wird die jeweils vorhandene individuelle kommunale Steuerkraft größtenteils angerechnet.
In diesem Finanzausgleichssystem wird außerdem unterstellt, dass alle Städte und Gemeinden den vereinheitlichten niedersächsischen Durchschnittssatz erheben. Für das Jahr 2023 betragen die für die Berechnung der Finanzausgleichsleistungen und Kreisumlage maßgebenden Hebesätze (90 % des gewichteten Durchschnittshebesatzes der nds. Gemeinden unter 100.000 Einwohner im Jahr 2021) bei der Grundsteuer A = 354 v. H., Grundsteuer B = 375 v. H., Gewerbesteuer = 352 v. H.
Für die Grundsteuer B heißt das konkret, dass angenommen wird, dass Löhne nicht die tatsächlichen 3,547 Mio. € im zugrundeliegenden Zeitraum 1.10.2021 – 30.9.2022 eingenommen hat, sondern fiktive 4,837 Mio. €.
Die Stadt Löhne erhält wegen ihrer hohen Steuerkraft (wie in fast allen Jahren seit 1999) weder 2022 noch 2023 Schlüsselzuweisungen. Stattdessen wird für das Jahr 2023 bei 27.795 Einwohnern (am Stichtag 30.06.2022) und einem in der Prognose deutlich erhöhten Grundbetrag je Einwohner von 1.285 € die Abführung einer FAG-Umlage an das Land in Höhe von 1,160 Mio. € erwartet. Dies bedeutet einen neuen Höchststand.
- Insbesondere bei den Kosten für die Erdgasversorgung wurde eine starke Erhöhung gegenüber dem bis zum 31.12.2022 geltenden Liefervertrag eingepreist.

- Der Entwurf des Ergebnishaushalts des Jahres 2023 schließt mit einem Fehlbetrag von 230 T€. Aufgrund der aus den hohen Überschüssen der Vorjahre gespeisten Ergebnismittelrücklage und wegen des Überschusses im außerordentlichen Ergebnis gilt der Haushalt gemäß § 110 Abs. 5 NKomVG als ausgeglichen.

Finanzhaushalt

- Die laufenden Einzahlungen und Auszahlungen des Finanzhaushaltes sind in der Planung mit dem Ergebnishaushalt überwiegend identisch. Unterschiede zwischen Finanzhaushalt und Ergebnishaushalt ergeben sich vor allem daraus, dass sich Investitionen (Baumaßnahmen / vermögenswirksame Anschaffungen) im Finanzhaushalt niederschlagen, während in den Ergebnishaushalt die sich hieraus ergebenden Abschreibungen einfließen.
- Im laufenden Finanzhaushalt 2023 wird ein Zahlungsmittelüberschuss von ca. 3,495 Mio. € eingeplant (Planansatz im Nachtragshaushalt 2022 = 10,194 Mio. €).
- Die Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen für Grunderwerb, Baumaßnahmen, Erwerb von beweglichen Vermögensgegenständen betragen 2023 planmäßig 22,003 Mio. €, davon für Baumaßnahmen 13,970 Mio. €. Dies bedeutet ein weiterhin stark überdurchschnittliches Niveau, bedingt sowohl durch die Zahl und Qualität der Maßnahmen als auch durch die sehr starken Preissteigerungen im Baubereich.
- Den Auszahlungen für Investitionen stehen erwartete Einzahlungen in Höhe von rd. 8,286 Mio. € gegenüber (Zuwendungen, Beiträge, Veräußerungserlöse).
- Der investive Finanzmittelfehlbetrag in Höhe von 13,717 Mio. € wird neben dem Überschuss aus der laufenden Verwaltungstätigkeit (3,495 Mio. €) und der möglichen Kreditaufnahme (6,1 Mio. €) aus Reserven des vorhandenen Zahlungsmittelbestands finanziert, die aus Einsparungen und Mehreinnahmen des Vorjahres entstanden. Dabei ist gleichzeitig eine planmäßige Tilgung bestehender Kredite von 640.000 € eingeplant, so dass sich die Nettoneuverschuldung auf 5.460.000 € beläuft.
- Unter diesen Voraussetzungen sind die nach § 110 Abs. 4 NKomVG geforderte Liquidität der Kommune sowie die Finanzierung der eingeplanten Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen noch sichergestellt.

Stellenplan:

Nach § 5 KomHKVO weist der Stellenplan die erforderlichen Stellen der Beamten und der weiteren nicht nur vorübergehend Beschäftigten aus. Gemäß der gesetzlichen Vorgabe enthält der Stellenplanentwurf für das Haushaltsjahr 2023 nur die erforderlichen Planstellen.

Der Personalbestand der Stadtverwaltung einschließlich Hausmeister, Bauhof, Schulsekretärinnen und Waldbadpersonal ist nach wie vor im Vergleich zu anderen Kommunen gering. Bezogen auf Ganztagsbeschäftigte (Vollzeitäquivalente) waren zum 01.10.2022 11,35 Beamte, 74,14 Tarifbeschäftigte und 37,74 handwerklich tätige Tarifbeschäftigte für die Stadt Lohne tätig.

Im Jahr 2021 betrug der Personalaufwand (Ergebnishaushalt) für aktives Personal 7,868 Mio. €. Hinzu kommen noch vorzunehmende Abschlussbuchungen für Pensions- und Beihilferückstellungen sowie Rückstellungen für Urlaub, Überstunden und Altersteilzeit.

Zahlungswirksam (Finanzhaushalt) waren im Personalbereich für aktives Personal 2021 7,825 Mio. €, woraus sich bei einer Einwohnerzahl von 27.396 (Stand 30.06.2021) Personal-

auszahlungen in Höhe von 285,64 € ergaben (2020: 286,84 € je Einwohner).

Der Personalbestand der Stadtverwaltung einschließlich Hausmeister, Bauhof, Schulsekretärinnen und Waldbadpersonal ist nach wie vor im Vergleich zu anderen Kommunen gering. Ein interkommunaler Vergleich ist wegen der sehr unterschiedlich ausfallenden Aufgabenbereiche der Kommunen zwar mit Vorsicht zu genießen, aber: in Niedersachsen betragen im Jahr 2021 die gemeindlichen Personalauszahlungen pro Einwohner im Durchschnitt 607 € je Einwohner.

Der Stellenplanentwurf 2023 ist in der Planstellenausweisung insgesamt konstant. Allerdings wird eine zusätzliche Azubi-Stelle Verwaltungsfachangestellte/r ausgewiesen, um sowohl dem Fachkräftemangel als auch den künftigen verstärkten Personalabgängen entgegenzuwirken.

Aufgrund tarifrechtlicher Neubewertungen von Stellen sind Stellenanhebungen für sämtliche Schulsozialarbeiterstellen von S 11b TVöD-SuE auf S 12 erfolgt, ebenso erfolgten Stellenanhebungen bei der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten von E 9b auf E 10, bei der Sachbearbeitung Wohngeld von E 8 auf E 9a sowie von mehreren Bauhofmitarbeiterstellen von E 5 auf E 6.

Beratungsverlauf:

Der Sprecher der Fraktion ProWald Lohne betitelte die hohen Einnahmen als klimaschädlich. Für künftige Haushalte werde mehr Transparenz und Trennung gewünscht. Es wurde darauf hingewiesen, dass das Problem jedoch nicht am Lohner Haushaltsplan liege, sondern an der generellen Regelung.

Bspw. die Klimaanpassungsmaßnahmen seien i. d. R. klimaschädlich. Umwelt- und Naturschutz können sich widersprechen und seien getrennt voneinander zu betrachten.

Die Förderung des Landes richte sich nach der Steuerkraft der Kommune. Da die Gewerbesteuererinnahmen höher sein könnten und im Finanzausgleich höher angesetzt werden, als tatsächlich vorhanden, schneide Lohne schlecht ab. Hier sei eine Konzeptumstellung erforderlich.

Die Sportförderung sei grds. eine gute Sache, müsse aber frei sein von kapitalistisch strukturierten Einnahmen. Als Beispiel wurde die Auslagerung der 1. BWL-Herrenmannschaft (Regionalliga) aufgeführt, die richtig sei. Das Problem liege aber in der Transparenz. U. a. durch den Trainerwechsel bestehen Überlegungen zweier Spieler, zu einem anderen Verein zu wechseln. Damit die Förderung nicht in der Regionalliga verschwinde, werde erwartet und im Rahmen der Haushaltsdebatte beantragt, dass die Auszahlung der Förderung an die nachzuweisende Bedingung geknüpft werde, dass das Geld im Breitensport des Vereins und nicht für die Regionalliga verwendet werde. Die Sportförderung solle dort ankommen, wo sie hingehöre.

Weiterhin sei die Personalkostenentwicklung gestiegen. Die Stadtverwaltung Lohne repräsentiere den Bevölkerungsanteil von 20 – 30 % der Menschen mit Migrationshintergrund nicht. Es bestehe dringender Handlungsbedarf bzgl. der Überarbeitung der Einstellungskriterien.

Der Sprecher der CDU-Fraktion nahm Bezug auf die erheblichen Verunsicherungen durch das Kriegsgeschehen in der Ukraine sowie die damit zusammenhängende Energiekrise. Die Haushaltszahlen und die Steuereinnahmen befinden sich dennoch weiterhin auf hohem Niveau und seien rekordverdächtig. Es erfolgten Dankesworte an alle Arbeitnehmer, Firmen und Produktionsbetriebe. Trotz der problematischen Entwicklung in der Welt könne ein stabiles Wirtschaftsleben und ein solider Haushalt vorgefunden werden. Dadurch könne die Lebensqualität in Lohne positiv weiterentwickelt werden.

Mit Blick auf die Umlagezahlungen an das Land und den Landkreis und die steigenden Energiekosten werde eine Diskussion über die Anhebung der Steuerhebesätze für 2024 prognostiziert.

Die SPD-Fraktion bemängelte die formalen Fehler und Verzögerungen, auf die bereits in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Wirtschaftsförderung hingewiesen worden sei.

Bezugnehmend auf die Finanzstärke der Stadt Lohne sei die Darstellung der voraussichtlichen Haushaltslage realitätsfremd. Die SPD-Fraktion sei gespannt auf den Nachtragshaushalt, vor allem mit Blick auf die Gewerbesteuereinnahmen und die höheren Einnahmen bei den Gemeindeanteilen. Immer wieder sei die Erfahrung gemacht worden, dass die Zahlen regelmäßig in Millionenhöhe deutlich nach oben angepasst worden seien. Es werde prognostiziert, dass dies auch im Jahr 2023 der Fall sein werde.

Kritisiert wurde weiterhin, dass die Jahresabschlüsse 2018 – 2021 noch ausstehen, im Haushalt daher keine endgültigen Zahlen aus vier Jahresabschlüssen eingeflossen seien.

Im Haushalt werden nach Ansicht der Fraktion außerdem falsche Schwerpunkte gesetzt. Die Ausweisung von Stabstellen und der Verwaltungsleitung als wesentliche Produkte sollten entfallen. Das Augenmerk solle mehr auf Klima- und Umweltschutzmaßnahmen gerichtet werden, für die lediglich 84.000 € hinterlegt seien. Ebenso habe sich die Fraktion nach Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung einen höheren Ansatz für die Unterhaltung von Gemeindestraßen gewünscht.

Aufgrund der vorliegenden Defizite werde die Fraktion dem Haushalt nicht zustimmen.

Auf Nachfrage zum kommunalen Friedhof wurde durch Bürgermeisterin Dr. Voet ausgeführt, dass erste Gespräche mit einem Fachplaner aufgenommen worden seien. Abschließende Erkenntnisse liegen noch nicht vor.

Hinsichtlich der unterstellten diskriminierenden Einstellungspolitik verwies sie auf das Prinzip der Bestenauslese, dem der öffentliche Dienst bei der Einstellung unterliege und dass Auswahl und Einstellung des Personals in Lohne auch nach diesem Prinzip vorgenommen werden.

Zum Antrag der Fraktion ProWald Lohne im Zusammenhang der Haushaltsdebatte wurde ausgeführt, dass heute über die Aufstellung des Haushaltsplanes 2023 beschlossen werde und kein unmittelbarer Zusammenhang zu Auszahlungsmodalitäten im Rahmen von Sportförderbescheiden bestehe.

Der bereits schriftlich gestellte Antrag durch die Fraktion sei nicht fristgerecht eingegangen und deshalb nicht auf der Tagesordnung. Die Beratung werde in der nächsten Ratssitzung erfolgen. Der Antrag sei damit nicht zulässig.

Zur gerügten verspäteten Aufstellung des Haushaltsplanes ist zu sagen, dass einige Zahlen noch nicht rechtzeitig vorlagen, bspw. die Finanzausgleichsbeträge des Landes. Diese Beträge stehen erst seit Ende November fest, d. h. nachdem der Haushaltsplan aufgestellt worden sei. Im Falle einer früheren Aufstellung werde mit vielen unbekanntem Zahlen gearbeitet, sodass diese nicht realistischer werden.

Die vorsichtige Planung in der aktuellen Situation werde zudem als genau richtig erachtet.

Vor dem Hintergrund, dass die Unternehmen, vor allem aus der Kunststoffbranche, durch die aktuelle Energiemangellage und durch die gestiegenen Energiekosten vor erheblichen Herausforderungen stehen, werden sich die Gewinne reduzieren und folglich auch die Gewerbesteuereinnahmen. Dies sei bereits am kommenden Haushalt erkennbar.

Die Bürgermeisterin bezeichnete den Haushalt als solide Basis, auch wenn dieser ein geringes Defizit aufweise.

Das Argument, dass die Gewerbesteuereinnahmen sinken, werde bereits seit sechs Jahren genannt. Ein Sprecher kritisierte diese Äußerung und verwies darauf, dass dies bisher nicht eingetreten sei.

(Anmerkung der Verwaltung: Im Jahr 2019 lag der eingeplante Gewerbesteuer-Haushaltsansatz bei 21,5 Mio. €, tatsächlich eingenommen wurden nur 18,630 Mio. €)

Durch die Fraktion ProWald Lohne wurde die Formulierung zur Einreichung von Anträgen in der Geschäftsordnung als unglücklich und merkwürdig betitelt. Bislang sei zudem ein Hinweis erfolgt, sofern eine Fristüberschreitung vorgelegen habe. Dieser sei diesmal ausgeblieben. Wohl aus taktischen Gründen sei diese Position durch die Verwaltung in den Haushalt eingebaut worden.

Verwaltungsseitig wurde darauf hingewiesen, dass die Erweiterung der Tagesordnung zu Beginn der Sitzung in Form eines Dringlichkeitsantrags hätte vorgebracht werden können und die Diskussion hierüber als beendet anzusehen sei.

Die UBG-Fraktion verwies auf die Inflation, den Ukraine-Krieg und die Energiekrise. Vor diesem Hintergrund sei der kalkulierte Ansatz von 23,5 Mio. € Gewerbesteuern bemerkenswert. Die Erhöhung der Kreisumlage 2024 werde voraussichtlich zu Diskussionen über Investitionskürzungen oder die Erhöhung der Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer führen, um Defizite wieder ausgleichen zu können. Vor diesem Hintergrund sollten Investitionen kritisch betrachtet und selbst auferlegte Richtlinien befolgt werden, bspw. die Sportförderrichtlinie, anstatt Einzelfallentscheidungen zu treffen und Ausnahmen zuzulassen.

Die UBG-Fraktion habe in der Vergangenheit Kritik zu der Anschaffung von RLT-Anlagen geäußert, die für die Fraktion in keinem Kosten-Nutzen-Verhältnis stehe. Hierfür sei Unverständnis entgegengebracht worden, die Entwicklung habe die Entscheidung der Fraktion aber bestärkt. Der damals eingeplante Ansatz von 1,1 Mio. € könne nach Auffassung des Sprechers für die technische Ausstattung der Schulen sinnvoll genutzt werden.

Im Haushalt fehle der Fraktion ein Budget für die Kinder- und Jugendbeteiligung. Der Zuschuss zur Errichtung einer neuen Bücherei nebst Begegnungsstätte werde kritisch gesehen sowie zum Teil der Ausbau der Keetstraße.

Trotz der geäußerten Kritik werde die UBG-Fraktion dem Haushalt zustimmen.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde erwartet, dass mit den durch Steuern und Abgaben eingenommen Geldern verantwortungsbewusst umgegangen werde. Nicht außer Acht gelassen werden können die unterschiedlichen Interessen.

Viele Ansätze im Haushalt werden für gut befunden und mitgetragen, u. a. Kunst und Kultur, Schulen und Kinderbetreuung, Familienförderung, Ehrenamt, Feuerwehr und Sport.

Trotz Inflation, Energiekrise, Klimawandel, Naturzerstörung, Artensterben, Corona, Krieg etc. seien gute Einnahmen verzeichnet worden. Die Fraktion habe jedoch den Eindruck, dass diese Krisen nicht als Chance genutzt werden, um auch zukünftigen Krisen entgegenzutreten zu können. Klimaschutz müsse vordringliches Ziel sein, u. a. im Rahmen des Städtebaus, der Verkehrsplanung und durch den Verzicht auf Prestigeobjekte. Klimaschutzkonzept und vorgenommene Maßnahmen reichen nicht aus, sodass dem Haushalt nicht zugestimmt werde.

Es wurde durch die SPD lobend hervorgehoben, dass am Sitzungstag ein Zuschuss in Höhe von 2 Mio. € für die Sanierung des Waldbades bewilligt worden sei.

Dadurch werde die Wichtigkeit erkannt, darauf zu drängen, Förderanträge zu stellen und Begehren an Bundestagsabgeordnete weiterzutragen und zu verstärken.

Die SPD äußerte Sorge zum bestehenden Sozialgefüge Lohnes, vor allem wegen der aktuellen Auswirkungen der Energiekrise und der Inflation sowie der Zunahme an Bedürftigen. Es sei erforderlich, Hilfestellungen zu erarbeiten und zu beschließen.

Sodann wurde Bezug genommen auf die Prinzipien der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Bspw. wurde an die Gertrudenschule sowie an die Feuerwehr Brockdorf und dessen Umfeld erinnert. Die Kosten wurden vorab geschätzt, haben sich während der Umsetzung der Baumaßnahme aber deutlich höher entwickelt. Nach Auffassung der SPD solle dringend ein Baukostencontrolling eingerichtet werden.

Der Sprecher der Fraktion ProWald bezog sich auf die Ausbauplanung des Klimaparks, die alles andere als klimaschonend sei. Die Klimabilanz hierzu werde schlecht ausfallen, da die Natur Ruhe brauche.

Daraufhin wurde erwidert, dass die Mehrheit der Bürger den Klimapark und auch den Schulwald befürworte.

Sodann wurde erneut Bezug genommen auf die Personaleinstellung. Nach Auffassung der Fraktion ProWald solle in der Verwaltung ein Abbild der Bevölkerung erreicht werden. Sofern die besten Bewerber ausgewählt werden, stelle sich die Frage, ob in den 20 – 30 % der Personen mit Migrationshintergrund nicht die Besten enthalten seien.

Seitens einiger Vertreter verschiedener Fraktionen wurde darauf hingewiesen, dass seitens der Verwaltung ein korrektes Auswahlverfahren durchgeführt werde und diese Debatte nicht in die Zuständigkeit des Rates und auch nicht in die Haushaltsberatung falle.

Es wurde kritisiert, dass seitens der CDU-Fraktion, anders als in einigen Sitzungen der Fachausschüsse, keine Kritik zu Finanzierungen und Kostenexplosionen geäußert worden sei.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan sowie das Investitionsprogramm für das Haushaltsjahr 2023 werden beschlossen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 21 , Nein-Stimmen: 9

5. Aufnahme eines Investitionskredits durch die Stadt Lohne Vorlage: 20/040/2022

Sachverhalt:

Die Stadt Lohne hat im Jahr 2009 die nach § 120 Abs. 1 Satz 2 NKomVG (damals § 92 Abs. 1 NGO) vorgeschriebene Richtlinie für die Aufnahme von Krediten und zur Umschuldung von Krediten erlassen.

Gemäß § 7 der Richtlinie ist der Rat der Stadt über aufgenommene Investitionskredite zu unterrichten.

In der genehmigten Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 ist ein Gesamtbetrag für vorgesehene investive Kreditaufnahmen in Höhe von 4.400.000 € festgesetzt worden. Die Kreditermächtigung gilt gemäß § 120 Abs. 3 NKomVG bis zum Ende des Jahres 2022 .

Aufgrund der sehr hohen Investitionen, die die Stadt Lohne tätigt, ist es erforderlich geworden, hierfür einen Investitionskredit aufzunehmen.

Bei der Auswahl unter mehreren Angeboten nach Ausschreibung wurde auf das wirtschaftlichste Angebot der Zuschlag erteilt:

Die Kreditkonditionen lauten wie folgt:

- Darlehensgeber: Commerzbank AG, Frankfurt
- Darlehenshöhe: 2.000.000 EUR
- Valuta: 20.10.2022
- Zinssatz: 3,11 %
- Tilgung: 2 % p.a. der Darlehenssumme zuzüglich ersparte Zinsen

- Zinsbindungsfrist: (Gesamtlaufzeit bis 28.02.2042)
- Auszahlungskurs: 100%

Beratungsverlauf:

Die SPD-Fraktion führte aus, sie halte die Aufnahme des Kredites für unnötig, da ein nicht unerheblicher finanzieller Schaden entstehe und die Notwendigkeit nicht gegeben sei.

zur Kenntnis genommen

6. Wiedervorlage: Antrag der Gruppe SPD / Bündnis 90 Die Grünen gem. § 56 NKomVG auf Änderung des § 8 der Geschäftsordnung Vorlage: 10/011/2022

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 19.09.2022 wurde seitens der Gruppe SPD / Bündnis 90 Die Grünen der Antrag gem. § 56 NKomVG auf Änderung des § 8 der Geschäftsordnung bzgl. der Einführung der Beschlusskontrolle gestellt.

Begründet wird der Antrag u.a. damit, dass durch die Umsetzung der Beschlusskontrolle die Transparenz des Verwaltungshandelns erhöht wird und somit auch die Übersichtlichkeit und Nachvollziehbarkeit der Umsetzung der politischen Entscheidungen.

Beratungsverlauf:

Auf Nachfrage, weshalb der Antrag erneut auf die Tagesordnung gesetzt worden sei, wurde erklärt, dass eine Änderung der Geschäftsordnung beantragt worden sei, die sich der Stadtrat gebe. Somit sei eine abschließende Entscheidung durch den Rat erforderlich.

Ein Sprecher verwies auf die Ausführungen aus der Beratung im Verwaltungsausschuss und die für ihn nicht nachvollziehbaren Argumente der Verwaltung. Die Beschlusskontrolle gehöre zu den originären Aufgaben des Stadtrates. Es wurde angeregt, die Angelegenheit zu überdenken und ein Verfahren der Beschlusskontrolle zu entwickeln.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, § 8 der Geschäftsordnung hinsichtlich der Einführung einer Beschlusskontrolle für die Sitzungen des Stadtrates und seiner Gremien zu ändern bzw. zu ergänzen und das Verfahren der Beschlusskontrolle umzusetzen.

mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen: 9 , Nein-Stimmen: 21

7. Anträge, Anfragen und Anregungen

7.1. Antrag des Wahlbündnisses BI ProWald Lohne gem. § 56 NKomVG auf Beteiligung von Jugendlichen
Vorlage: 10/018/2022

Sachverhalt:

Das Wahlbündnis BI ProWald Lohne beantragt mit Schreiben vom 07.11.2022 die Beteiligung von Jugendlichen zur Stärkung der Demokratie.

Aufgrund des Erlasses „Stärkung der Demokratiebildung an öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen sowie Schulen in freier Trägerschaft“ und auch wegen der geringen Beteiligung an öffentlichen Sitzungen sollen Jugendliche einen Einblick in die kommunalpolitische Entscheidungsfindung erhalten, um sich austauschen und an Entscheidungen mitwirken zu können.

Der Antrag war der Vorlage als Anlage beigelegt.

Beratungsverlauf:

Der Antragsteller führte aus, der Antrag sei auf einen Erlass des Regionalen Landesamtes für Schule und Bildung zurückzuführen, der unterstützt und mit Leben gefüllt werden solle. Es folgte der Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung in den Ausschuss für Schule, Digitalisierung, Kultur und Sport.

Beschluss:

Der Antrag wird an den Ausschuss für Schule, Digitalisierung, Kultur und Sport verwiesen.

einstimmig beschlossen
 Ja-Stimmen: 30

**7.2. Antrag des Wahlbündnisses BI ProWald: Verzicht auf Feuerwerk beim Lich-
 terfest**
Vorlage: WÖ/016/2022

Sachverhalt:

Seit den 1970er Jahren findet im Stadtpark jährlich am letzten Sonntag im Oktober das Lich-
 terfest statt. Organisiert wird es von der Stadt Lohne in Kooperation mit dem Heimatverein,
 der Freiwilligen Feuerwehr, der THW-Ortsgruppe und der Stadtkapelle Lohne.

Das Lichterfest beginnt mit einem Laternenumzug von der St.-Josef-Kirche über die Josef-
 straße in den Park. Anschließend findet um die große Teichanlage eine Wasser- und Lich-
 terschau statt. Diese Programmpunkte werden ehrenamtlich von der Stadtkapelle, vom THW
 und der Feuerwehr geplant und durchgeführt.

Seit 2015 sorgt ein professioneller Pyro-Techniker für ein Musikfeuerwerk am Ende des Lich-
 terfestes. Organisiert und finanziert wird dieser Teil durch die Stadt Lohne.

Das Wahlbündnis BI ProWald Lohne beantragt, bei zukünftigen Lichterfesten im Lohner
 Stadtpark sowie bei anderen Anlässen, an denen die Stadt Lohne als Organisatorin beteiligt
 ist, auf ein Feuerwerk zu verzichten. Auch sollen private Veranstaltungen, zu denen ein Feu-
 erwerk beantragt wird, hierfür keine Genehmigung mehr erhalten.

Beratungsverlauf:

Ein Sprecher verwies auf die Güterabwägung und die vermehrten Absagen von Veranstaltungen in verschiedenen Bereichen. Das Lohner Lichterfest gelte als Tradition, zudem als Höhepunkt für Familien und besonders für die Kinder, die sich am Feuerwerk erfreuen. Daher solle das Feuerwerk erhalten bleiben.

Sodann folgte der Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbefassung.

Darauffolgend wurde die Verweisung in den Fachausschuss beantragt und auf sachlich richtige Punkte im Antrag verwiesen. Viele Kinder meiden das Lichterfest aus Angst vor dem Feuerwerk sowie des dadurch entstehenden Lärms. Ggf. könne eine Alternative zum Feuerwerk gefunden und darüber beraten werden.

Der Antrag auf Zurückstellung wurde als weitergehend eingestuft und zunächst zur Abstimmung gestellt. Mit 12 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und einer Enthaltung wurde dieser mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss:

Dem Antrag auf Nichtbefassung wird zugestimmt.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 17 , Nein-Stimmen: 11 , Enthaltungen: 2

**7.3. Antrag der Gruppe SPD / Bündnis 90 Die Grünen gem. § 56 NKomVG auf Vornahme von Grundlagenermittlungen für die zukünftige Ausrichtung des Lohner Jugendtreffs
Vorlage: 51/009/2022**

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 15.11.2022 wurde seitens der Gruppe SPD / Bündnis 90 Die Grünen der Antrag gem. § 56 NKomVG auf Vornahme von Grundlagenermittlungen für die zukünftige Ausrichtung des Lohner Jugendtreffs gestellt. Der Antrag ist der Beschlussvorlage als Anlage beigefügt.

In der Begründung verweist die Gruppe auf die in der Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familie, Senioren und Soziales am 27.09.2022 vorgestellten Ergebnisse der Bürgerbeteiligung zum Thema Jugendtreff.

Die Grundlagenermittlung soll auf folgende Bereiche ausgerichtet sein:

- a) Organisationskonzept inklusive Personalbedarfsberechnung für
 - die offene Kinder- und Jugendarbeit und
 - die aktuellen Zusatzangebote.
- b) Raum- und Funktionsprogramm sowie
- c) die Konkretisierung einer baulich notwendigen Zielplanung (Sanierung, Erweiterung, Neubau).

Beratungsverlauf:

Ratsherr Paul Sandmann hat aufgrund eines Mitwirkungsverbot es an der Beratung und Abstimmung nicht mitgewirkt.

Es folgte der Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung in den Ausschuss für Jugend, Familie, Senioren und Soziales.

Ein Sprecher stellte daraufhin einen Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung. Vor einer Beratung solle zunächst die Personalsituation geklärt werden.

Auf den Hinweis, dass die Stellungnahme des Jugendtreffs bereits eingegangen sei und klare und sachliche Informationen enthalte, wurde der Antrag auf Zurückstellung zurückgezogen.

Beschluss:

Der Antrag wird an den Ausschuss für Jugend, Familie, Senioren und Soziales verwiesen.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 29

8. Einwohnerfragestunde

Eine Bürgerin nahm Bezug auf das Lichterfest und regte an, das Tragen eines Ohrenschutzes zu empfehlen und einen entsprechenden Hinweis auf die Internetseite der Stadt Lohne aufzunehmen.

Auf weitere Nachfrage hinsichtlich eines Haushaltsansatzes für Arten- und Insektenschutz wurde erklärt, dass keine spezielle Zahl vorgesehen sei und der Aspekt in verschiedenen Programmen, wie bspw. im Blühstreifenprogramm, verankert sei. Ansprechpartner sei Herr Matthias Reinkober.

Es folgten Dankesworte durch die Fraktionsvorsitzenden, den Vorsitzenden sowie die Bürgermeisterin für die konstruktive Zusammenarbeit im vergangenen Jahr sowie gute Wünsche zum Weihnachtsfest und Jahreswechsel.

Ratsvorsitzender Bockstette schloss den öffentlichen Teil der Sitzung.

Nachdem die Zuhörer den Sitzungsraum verlassen hatten, eröffnete er den nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Dr. Henrike Voet
Bürgermeisterin

Norbert Bockstette
Vorsitzender

Kathrin Lamping
Protokollführer